SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Dranbleiben in Afghanistan

Riecke, Henning

Veröffentlichungsversion / Published Version
Stellungnahme / comment

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Riecke, H. (2010). *Dranbleiben in Afghanistan.* (DGAP-Standpunkt, 1). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-217029

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis
Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften

Mitglied der
Leibniz-Gemeinschaft

DGAPstandpunkt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e. V.

Januar 2010 N° 1
ISSN 1864-3477

Dranbleiben in Afghanistan

Henning Riecke

Alle Zeichen stehen auf Abzug. Deutschland beschäftigt sich endlich entschlossen mit Afghanistan, fragt aber nur: »Wann und wie kommen wir da wieder raus?« Darum geht es der Bundesregierung bei der Londoner Konferenz über Afghanistan, und um die Vermeidung von Kampfeinsätzen für die Bundeswehr. Ein Blick auf die Perspektiven der Afghanistan-Mission zeigt, dass die schnelle Festlegung auf einen vollständigen Abzug zwar der innenpolitischen Unterstützung in Deutschland dient, aber nicht ihren ursprünglichen Zielen. Besser wäre es, Regierung und Opposition würden gemeinsam und nüchtern über das Erreichbare debattieren und dann die Mittel einsetzen, die dafür notwendig sind. Eine langfristige Begleitung der afghanischen Staatlichkeit ist sinnvoll – für die NATO und für Deutschland. Zurzeit droht noch ein Ende der Mission, ohne Stabilität erreicht zu haben.

Die Debatte um den Zwischenfall in Kundus ist leider nicht zu einer überfälligen offensiven Diskussion über Gründe, Ziele und Instrumente im Afghanistan-Einsatz geworden. Immerhin gab es die erste Regierungserklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel, doch im Verteidigungsausschuss wird es wahlweise um die Details des Vorfalls oder um die krude Öffentlichkeitsarbeit danach gehen, die den Charakter von Verschleierung trägt. Dies steht in einer Tradition, denn die unangenehmen Seiten des Einsatzes hat keine der verantwortlichen Bundesregierungen gerne ehrlich angesprochen, aus Angst vor kritischen Reaktionen aus dem Wahlvolk.

Die Feigheit vor dem Volk ist unnötig, denn es gibt vernünftige Gründe, warum die Deutschen mit Bundeswehr, Polizeiausbildern und Entwicklungshelfern in Afghanistan engagiert sind. Die politischen Führungskräfte vermeiden es, selbstbewusst die politische Verantwortung zu tragen und sich mit den Zielen in Afghanistan zu identifizieren. Niemand möchte sich als Kriegstreiber bezeichnen lassen, obwohl der Vorwurf, eine gefährliche Mission durch ungenügenden Einsatz der Mittel in die Länge zu ziehen, auch nicht besser klingt.

Um sich vor dem kritischen Wahlvolk keine Blöße zu geben, tut die Politik, als sei Afghanistan eben eine Stabilitätsaufgabe und kein Kampfeinsatz, als könne die saubere Bundeswehr im Norden eine andere Mission durchführen als die bösen Amerikaner im Süden, als sei mit dem Aufbau von Schulen und Infrastruktur schon alles gewonnen. Stefan Kornelius (Ressortleiter Außenpolitik bei der Süddeutschen Zeitung) nennt dies die »Lebenslügen« der Bundesregierung. Darunter leiden heute auch die deutschen Soldaten in Afghanistan.

Deutschland ist drittgrößter Truppensteller in Afghanistan. Den Alliierten hat es aber missfallen, dass die deutschen Truppen sich lange aus dem echten Kampf herausgehalten und sich geweigert haben, die Bundeswehr in den umkämpften Gebieten im Süden und Osten des Landes einzusetzen. Dies wäre als Nothilfe nach dem Bundestagsmandat durchaus möglich gewesen. Doch hier stößt die deutsche Afghanistan-Politik an ihre selbst gesetzten Grenzen. Dies zeigen auch die vorsichtigen Angebote für die Londoner Konferenz.

»Keine Soldaten in den Süden« ist das Mantra, das sich Bundestag und -regierung gegenseitig zuspielen, ein Schlachtruf der Selbstbehauptung, der mit der Situation in Afghanistan selbst nicht viel zu tun hat. Hier

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

DGAP Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

geht es um Selbstschutz, um eine Versicherung dagegen, in militärisch schwierige Situationen hineingezogen zu werden, die den deutschen Wählern niemand verständlich machen kann und will. Je härter der Kampf gegen die Taliban und andere Aufständische wird, desto schwerer lässt sich die Verschleierungstaktik der Regierung aufrecht erhalten.

Diese Haltung hat zu schweren Spannungen in der NATO geführt, die die Deutschen trotzig aushalten. Über Jahre haben sich die Deutschen in der NATO bemüht, sich mit eingeschränktem Mandat und schrittweise vorgenommener Aufstockung gerade so weit einzusetzen, dass ein Eklat unterblieb. Das hat den deutschen Einfluss im Bündnis geschmälert. Auch jetzt, mit Blick auf die neue Afghanistan-Strategie der Amerikaner, geht dieses Spiel weiter.

Obama hat sich dem von Deutschen geliebten Motto der Vernetzten Sicherheit verschrieben – bei uns eigentlich ein Codewort für das Übergewicht des Zivilen, bei den USA die Verschränkung aller Mittel. Obama geht nun nach der Logik des »surge« vor, der signifikanten Truppenaufstockung, um den Vorteil gegenüber den Taliban zurückzugewinnen und damit die Grundlage für eine Beendigung des Afghanistan-Einsatzes zu schaffen. Deutschland macht gerne mit beim Abzug, tut sich aber bei der Truppenaufstockung schwer. Berlin geht es um Zeitgewinn und um die Einbettung seiner Entscheidung in einen multilateralen Kontext. Dabei geht es nicht vorrangig um die Truppenzahlen, sondern um Flexibilität beim Einsatz der Bundeswehreinheiten und um echtes nachhaltiges Engagement bei der Ausbildung afghanischer Sicherheitskräfte. Soll die Londoner Konferenz nur den Abzug legitimieren oder doch das Durchhalten bis zum Erfolg?

Warum sind Deutsche in Afghanistan?

Es wird viel geklagt, dass die Gründe für die ISAF-Mission in Deutschland nicht diskutiert würden. Das Problem liegt nicht darin, dass die Bundesregierung die verwirrten Bundesbürger darüber im Dunkeln ließe, sondern dass die politischen Eliten in Bundestag und -regierung sich kaum öffentlich mit der Entscheidung identifizieren, die vier von fünf Fraktionen im Bundestag beschlossen haben: den Bundeswehreinsatz in der ISAF (auch das OEF-Mandat fand immer Mehrheiten). Dabei wäre dies leicht, denn die Gründe sind gut.

- Der internationale Terrorismus darf in Afghanistan keine Infrastruktur zur Ausbildung und Vorbereitung von Anschlägen aufbauen. Der Erfolg an dieser Front ist fraglich, solange die Taliban Rückzugsgebiete in Afghanistan und Pakistan behalten. Der blutige Kampfeinsatz gegen die Taliban ist allein militärisch nicht zu gewinnen, aber auch nicht allein vom Schreibtisch der Ministerien.
- Humanitäre Gründe spielen gerade bei uns eine Rolle. Unter dem Terrorstaat der Taliban haben die Afghanen gelitten. Die Bundeswehr macht durch ihren Schutz Entwicklung erst möglich. Wenn ISAF-Staaten vor der Festigung der Sicherheitsstrukturen in Afghanistan den Abzug beginnen und die Taliban zur erneuten Machtübernahme einladen, werden diese Fortschritte zunichte gemacht – dann läge eine Unterlassungsschuld vor.
- Wir sind Verbündete der USA und stehen ihnen mit der Beteiligung am Afghanistan-Einsatz zur Seite. Die Irak-Krise und der Zwist in den transatlantischen Beziehungen hat diesen Umstand verdeckt. Trotzdem treten wir in Afghanistan als gute Alliierte eines starken Partners auf und sollten genau überlegen, ob uns diese Rolle nicht mehr wichtig ist.
- Deutschlands Beteiligung an der ISAF ist ein Bündnisakt für die NATO in ihrem schwierigsten Einsatz. Die Deutschen waren beteiligt, die NATO 2003 nach Afghanistan zu bringen, und haben die Ausweitung des NATO-Einsatzgebiets auf ganz Afghanistan mit beschlossen. Für die NATO selbst, und um im Bündnis nicht weiter ins Abseits zu geraten, sollte Deutschland in Afghanistan eine aktive Rolle spielen.
- Nicht zu vergessen der viel gepriesene Multilateralismus: Er und das Völkerrecht sind Säulen im Prinzipiengebäude der deutschen Außenpolitik. Afghanistan ist auch Sache der UN, das deutsche Engagement hilft auch der Handlungsfähigkeit der Weltorganisation.
- Es gibt auch eine regionalpolitische Vernunft hinter der internationalen Afghanistan-Mission, an die man

in Deutschland mit seiner unterentwickelten strategischen Kultur erinnern muss. Ein erneuter Staatszerfall, oder ein neues radikales Regime in Afghanistan hat direkte Auswirkungen auf die Sicherheit und Stabilität der Nachbarn in Zentralasien und im Mittleren Osten und in Südasien. Der Einsatz für die afghanische Stabilität stärkt also die Sicherheit mehrerer Regionen.

- Afghanistan ist ein potenzielles Transitland für Gas und Öl zwischen dem Kaspischen Meer und dem Indischen Ozean. Der Pipelinebau kommt unter den jetzigen Bedingungen nicht voran. Afghanistan als Energietransitland zu stärken hat nicht allein ökonomische Vorteile, sondern auch regionalpolitische. Jede zusätzliche Sicherung der Energieversorgung hilft dabei, Ressourcenkonkurrenz als Konfliktursache im asiatisch-pazifischen Raum abzubauen.
- Die Deutschen sind langjährige Wirtschafts- und Entwicklungspartner Afghanistans. Das verleiht dem deutschen Engagement eine höhere Glaubwürdigkeit. Bundeswehrsoldaten haben dort trotz der Einbußen in den letzten Umfragen hohe Zustimmung der Bevölkerung.
- Schließlich gibt es einen banalen Grund zum Durchhalten, der selten vorgebracht wird. Eine solche Chance kommt nicht wieder. Dass eine gut organisierte und völkerrechtlich legitimierte Militärmacht in Afghanistan beim Staatsaufbau hilft, ohne dass Ausbeutungsinteressen allein das Handeln leiten, ist eine historische Ausnahme. Scheitert die ISAF oder ziehen sich die Teilnehmer ohne dauerhafte Erfolge zurück, können die Afghanen auf Jahrzehnte hinaus jegliche Aussichten auf tatkräftiges internationales Engagement für ihr Land abschreiben.

Der erste Grund war ausreichend für den Einmarsch und ist es auch noch heute. Die anderen Gründe müssen in der Abzugsdebatte aber auch eine Rolle spielen. Der Afghanistan-Einsatz liegt im deutschen und europäischen Interesse. Schade, dass sich niemand dazu bekennt, und schade, dass nur wenige dies den Soldaten vor Ort signalisieren.

Welche Messlatten für den Erfolg?

Viele Sicherheitspolitiker argumentieren, man müsse die Ziele des Afghanistan-Einsatzes herunterschrauben, um schnell Erfolge reklamieren zu können, die eine Beendigung des Einsatzes rechtfertigen. Natürlich darf man sich nicht allein von naiven Hoffnungen auf die zügige Umsetzung von Rechtsstaatlichkeit oder Geschlechtergleichheit leiten lassen. Eine nüchterne Betrachtung dessen, was sich in Afghanistan erreichen lässt, steht aber noch aus.

Gerne wird nun gesagt, die afghanische Regierung solle selbst im Stande sein, Sicherheit aufrechtzuerhalten und gegen terroristische Infrastruktur vorzugehen. Doch sind auch diese abgespeckten Ziele ehrgeizig. Die afghanische Regierung stellt für 2011 jetzt 171 000 Soldaten und 134 000 Polizisten in Aussicht und will bis 2015 die Gesamtverantwortung übernehmen. Das ist ehrgeizig, denn nicht nur administrative Trägheit ist dabei das Problem, sondern auch fehlende Rechtsstaatlichkeit, Korruption, finanzielle Unterversorgung und ethnische Loyalitäten. Der Optimismus hinter dem Argument, eine Festlegung auf ein Abzugsdatum werde die afghanische Regierung zum Handeln zwingen, ist daher unglaubwürdig.

Blickt man auf die Entwicklungslinien einer politischen Ordnung in Afghanistan, so ist zu erkennen, dass den deutschen Interessen – Verhinderung des Terrorismus, innere Stabilität, regionale Sicherheit – kaum gedient ist, wenn man das Land zu schnell sich selbst überlässt.

- Kampf gegen die Taliban: Afghanische Sicherheitskräfte sollen Taliban und verbündete Aufständische in Schach halten. Dazu muss bereits unter der ISAF ihre umfangreiche Ausbildung gelingen. Hier will die Bundesregierung zulegen. Ebenso wichtig ist es aber, dass der Einfluss der Taliban schon bald zurückgedrängt werden kann: durch militärische Siege, Aufbau in den freigekämpften Gebieten, das Abwerben der moderaten Aufständischen etc. Dann kann die Kontrolle in den gesicherten Provinzen nach und nach an Kabul übergehen.

- Innere Sicherheit: Eine Zentralregierung wird sich in dem uneinigen Land kaum durchsetzen. Eine spannende Frage ist, inwieweit das Verhältnis der ethnischen und politischen Gruppierungen in Afghanistan untereinander stabil bleibt, wenn die internationale Militärpräsenz zurück gefahren wird. Das Nebeneinander von Sicherheitskräften der afghanischen Zentralregierung (mit schwacher Loyalität) und bewaffneten Milizen der Warlords muss wohl zu tolerieren sein. Doch bleibt es eine Quelle von Unsicherheit, zusammen mit organisierter Kriminalität und Drogenanbau.
- Kosten: Die erforderlichen Mannzahlen einer afghanischen Armee sind kaum von den Afghanen allein zu finanzieren, mit ihren minimalen Steuer- und Zolleinnahmen. Ein Land selbst ohne ausländische Militärpräsenz wird am Tropf der zahlungswilligen Partnerländer hängen, die ihre Investition überwachen müssen.
- Regionale Kooperation: Unabdingbar für die regionale Stabilität ist schließlich auch die Zusammenarbeit mit den Nachbarn, beim Grenzschutz, beim Kampf gegen die Drogenkriminalität. Auch hier können ausländische Streitkräfte und Polizeiberater wichtige Unterstützungsarbeit leisten.

Daraus ergibt sich eine Forderung gegen den Strich der aktuellen Debatte: Westliche Streitkräfte sollten lange in Afghanistan stationiert bleiben, um sie ad hoc einzusetzen oder aufzustocken. Eine dauerhafte Präsenz etwa als UN-Schutztruppe ist sinnvoll. Sie müsste für die weitere Überwachung der für Ausbildung der Sicherheitskräfte zuständig sein, kann sie bei Einsätzen unterstützen oder mit überlegenen Fähigkeiten auch unabhängig agieren. Ein Abzugsszenario müsste also auch Formen der verbleibenden militärischen Präsenz einbeziehen. Deshalb ist Vorsicht dabei angebracht, sich selbst künstliche Fristen und Tabus aufzuerlegen.

Welche Mittel sind sinnvoll?

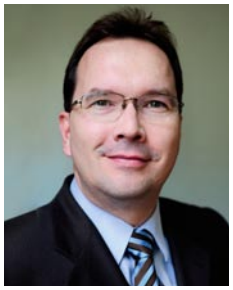
Gefragt ist nun eine Orientierung auf die Ziele, nicht auf das eilige Ende des Einsatzes. Deutschland sollte in London auf die langfristige Stabilität der afghanischen Staates blicken und nicht vorzeitige Festlegungen über den Zeitpunkt und Tempo des Abzugs der Bundeswehr treffen. Die Zusagen in London sollten signalisieren, dass Deutschland bis zum Erfolg entschlossen dabeibleiben will, doch die Angebote für die Londoner Konferenz genügen dafür nicht.

Schließlich ist auch mehr Einsatzflexibilität gefragt. Niemand erwartet von den Deutschen die Übernahme eines Regionalkommandos im Süden, aber das Prinzip, sich auf den Norden zu beschränken, sollte Deutschland durchbrechen. Die Vorstellung, dass die Deutschen in Afghanistan einen anderen Einsatz fahren könnten als die Amerikaner oder Briten, ist durch Kundus als Irrglaube gekennzeichnet. Die Bundeswehr sollte sich da sehen lassen, wo sie etwas gegen die Taliban ausrichten kann. Jetzt auch noch Kampftruppen für Ausbildung umzuwidmen, kommt einem Rückzug aus der Verantwortung gleich.

Um Freiwillige aus den Landespolizeien nach Afghanistan zu holen, sollte die Bundesregierung finanzielle Anreize setzen und vor allem die vollen Kosten dieser Stationierung tragen. Zurzeit müssen die Länder für die Auslandsdienste aufkommen und können zuhause nicht für Ersatz sorgen.

Nicht zuletzt gilt es, die vernetzte Sicherheit mit Leben zu erfüllen. Auch in umkämpften Gebieten muss es Aufbauarbeit geben, um den Afghanen ihre Perspektiven vor Augen zu führen.

Deutschland hätte in London die Gelegenheit, sich zu einem entschlossenen Einsatz und zu vernünftigen Zielen zu bekennen. Die dazu gehörige strategische Diskussion über Szenarien der afghanischen Stabilität ist überfällig.



Dr. Henning Riecke <riecke@dgap.org>